

Antrag Nr. 22

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 165. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 21. Juni 2018

ENTLASTUNG VON BERUFSTÄTIGEN ELTERN IM SCHULALLTAG: SCHULE UND BERUF BESSER VEREINBAR MACHEN!

Viele berufstätige Eltern von Schulkindern stehen vor der großen Herausforderung den Anforderungen an sie als Eltern sowie an sie als ArbeitnehmerInnen gerecht zu werden. Die Schulzeit ihrer Kinder ist für viele mit einem enormen Stress und Druck verbunden, die Betreuung und Bildung ihrer Kinder zu organisieren. Eltern sind gefordert unterrichtsfreie Tage und andere Anforderungen in der Schule zu regeln und diese mit den steigenden Ansprüchen in der Arbeitswelt unter einen Hut zu bringen. Die Kommunikation und der Austausch mit den PädagogInnen über die Entwicklung und das Befinden ihrer Kinder geraten dabei oftmals in den Hintergrund. Dabei ist das Zusammenspiel zwischen Eltern, PädagogInnen und SchülerInnen für einen gelückten Bildungsweg zentral.

Ziel muss es daher sein, die Anliegen von berufstätigen Eltern stärker zu berücksichtigen und ihnen Teilhabe am Schulleben ihrer Kinder stärker als bisher zu ermöglichen. Die alltägliche Kommunikation muss fixer Bestandteil der Arbeit der LehrerInnen sein und Ressourcen sollen dafür zur Verfügung stehen. Die Rahmenbedingungen für die Elternarbeit müssen an den beruflichen Alltag der Eltern angepasst werden. Gespräche sollen nach Vereinbarung auch in Randzeiten stattfinden, damit berufstätige Eltern diese wahrnehmen können.

Damit LehrerInnen und PädagogInnen Eltern gut einbeziehen können, braucht es eine Reorganisation innerhalb der Schule. JedeR PädagogIn soll Vertrauensperson und Ansprechperson für 6-8 SchülerInnen sein und für das Netz um das Kind (PädagogInnen, Eltern, etc.) Ansprechperson in der Schule sein. DieseR PädagogIn soll tagsüber für die Eltern erreichbar sein, damit auch kurzfristige Kommunikation möglich ist und Eltern beispielsweise nicht zwei Stunden versuchen müssen, per Telefon ihr Kind krank zu melden. Die AnsprechlehrerInnen könnten gerade bei jüngeren SchülerInnen auch als Kommunikationdrehscheiben innerhalb der Schule in den Belangen der ihr anvertrauten SchülerInnen arbeiten.

Berufstätige Eltern haben Anspruch auf mindestens fünf Urlaubswochen, ihre Schul Kinder hingegen haben jeweils 14 Wochen schulfrei. Eltern müssen damit Betreuung für neun Ferienwochen organisieren. Ziel muss es aber sein, dass die Schule ein durchgängiges Betreuungsangebot in den Ferien organisiert. Für Eltern ist sowohl die Betreuungssicherheit, als auch die Bildungssicherheit ihrer Kinder zentral. Für die unterrichtsfreie Zeit müssen für die Kinder ansprechende und vom Schulalltag stark unterscheidende Ferienangebote organisiert werden. Diese Angebote sollen einem weiteren Verständnis der Kinderbildung gerecht werden und von Erlebnissen für die Kinder geprägt sein. Hier kann neben der bewährten Betreuung durch FreizeitpädagogInnen auf die Kooperation mit außerschulischen PartnerInnen ebenso, wie die Zusammenarbeit mit der Ausbildung zukünftiger LehrerInnen gesetzt werden. Der Einsatz von LehramtsstudentInnen in der Ferienbetreuung sollte ein verpflichtender Teil der Ausbildung werden.

Neben der Organisation von ansprechenden Ferienangeboten durch die Schule müssen die unterrichtsfreien Tage neu über das Jahr gestaltet werden, damit sich Erholungs- und Konzentrationsphasen gut über das Schuljahr verteilen. Normale Arbeitstage wie Osterdienstag, Pfingstdienstag, Allerseelen und die Landespatrontage sollen nicht mehr schulfrei sein, dafür aber zwei „Zwickeltage“ und zwei Tage für schulinterne Fortbildung am Standort. Im Zusammenhang mit einer Neuregelung des Unterrichtsjahres ist es auch erforderlich, die Phasen der Prüfungszeit und der Prüfungsintervalle neu zu überdenken. Die Sommerferien sollen in weiterer Folge verkürzt werden und eine Herbstferienwoche (zwischen 26.10. und 1.11.) eingeführt werden.

Durch eine umfangreiche Reform der Ferienregelung, der Betreuungssicherheit während dieser Zeit sowie der Kommunikationsrahmenbedingungen können berufstätige Eltern - nicht nur monetär - massiv entlastet werden und am Schulleben ihrer Kinder teilhaben.

Forderung:

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert eine stärkere Teilhabe und Entlastung für berufstätige Eltern. Die Kommunikation mit den Eltern muss fixer Bestandteil der Arbeit der LehrerInnen und PädagogInnen sein. Die Rahmenbedingungen müssen dabei so gestaltet werden, dass sie für berufstätige Eltern in ihrem Alltag zugänglich und leistbar sind. Die dafür notwendigen Ressourcen müssen dafür zur Verfügung stehen.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert zur Entlastung weiters eine umgehende Novellierung des Schulzeitgesetzes und eine Neuregelung des Unterrichtsjahres.

Das Angebot von ganztägigen Schulformen muss dringend erweitert werden und kostenlos zugänglich sein. Anstelle der schulautonomen Tage sollen autonom zu wählende freie Tage für LehrerInnen und für SchülerInnen rücken. Während der unterrichtsfreien Zeit ist ein ansprechendes Ferienprogramm für die Kinder von der Schule zu organisieren.

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input checked="" type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---